

Ein Loch ist im Haushalt . . .

Das Wasser steht den Gemeinden bis zum Hals. Wegen drastischer Einnahmeverluste, aber auch durch höhere Ausgaben im Sozialbereich, sind keine Haushaltspläne mehr auszugleichen. Die Kämmerer gehen landesweit an das Eingemachte und vielerorts wird bereits das Tafelsilber verscherbelt.

Auch in unserer Stadt schloß der Verwaltungshaushalt schon 1997 mit einem Fehlbedarf von etwa 3,5 Mill. Mark ab. Ende 1998 wird sich das Haushaltsdefizit auf etwa 6 Mill. vergrößern. Die Hauptursache hierbei ist der gewaltige Rückgang der Gewerbesteuer. Gingen 1996 noch rund 29 Mill. Mark ein, verringerte sich dieser Posten im Jahre 1997 auf 20,1 Mill., im Jahre 1998 auf 19,35 Mill. und wird 1999 wahrscheinlich bei 16 Mill. angelangt sein. Dies bedeutet eine Rückwärtsentwicklung von knapp 45 Prozent innerhalb von drei Jahren. Anders betrachtet, macht das Defizit in der Stadtkasse 1997 und 98 mit je ungefähr 3 Mill. Mark genau den Betrag an Gewerbesteuer aus, den die in unserer Stadt ansässigen Betriebe weniger bezahlen und das bei einem sich immer weiter ausdehnendem Industrie- und Gewerbegebiet. Auf der Ausgabenseite sind alle wesentlichen Positionen gleich geblieben. Dabei ist zu vermerken, daß die Personalausgaben 1997 und 1998 bei 29 Mill. Mark lagen und 1999 gleich hoch angesetzt sind, das bedeutet für die städtischen Bediensteten bei gleicher Stellenbesetzung Einkommensminderungen.

Angesichts der geschilderten Situation hat der Magistrat ein Haushaltskonsolidierungsprogramm beschlossen. Stadtkämmerer Vorndran beschrieb dieses Programm mit dem Satz: „Auf steinigem Weg zu einem konsolidierten Haushalt.“ Unter anderem sind vorgesehen:

Anpassung von Gebühren und Beiträgen (von den Büchereien bis zur Bestattung).

Reduzierung von freiwilligen Leistungen.

Kürzung der Vereinsförderung.

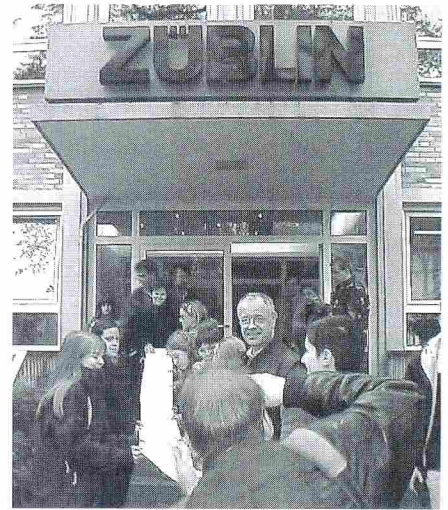
Einsparung im Kulturbereich (Streichung von Veranstaltungen).

Verkauf von Städtischen Wohnungen.

Verkauf von Grundstücken.

Personaleinsparung in den Kindertagesstätten.

Damit wird der falsche Weg eingeschlagen. Die Verbesserung der Finanzausstattung der Städte und Gemeinden muß von der neuen Bundesregierung schnellstens in Angriff genommen werden. Die groß angekündigte Schließung der Steuerschlupflöcher ist ein erster Schritt. Die Gestaltungsmöglichkeiten der Unternehmen, die zu zahlenden Steuern zu drücken, sind entschieden zu groß. Jetzt haben die Sozialdemokraten, aber auch die Grünen, in Städten und Gemeinden die Möglichkeit wegen der schlechten Finanzausstattung auf die Bonner Regierung direkten Druck auszuüben und Nachbesserungen an den Koalitionsvereinbarungen bzw. deren Einhaltung zu verlangen. Heinz Hechler



Empfang im Windfang

Unterschriftenübergabe in der Frankfurter Niederlassung der Firma Züblin. Übereicht wurde ein „Appell an Züblin“, in dem Entschädigungen für die Überlebenden des KZ-Außenlagers bei Walldorf verlangt wurden.

Viele Schülerinnen, Schüler und Lehrer der Bertha-von-Suttner-Schule, Kommunalpolitiker, Mitglieder der DKP und der SPD aus Mörfelden-Walldorf fuhrten nach Frankfurt, um die ersten 1300 Unterschriften an Züblin zu überreichen. Ein Beauftragter der Firma nahm die Unterschriften entgegen - im Eingang vor der Pförtnerloge.

Der Firmenbeauftragte wurde dabei in lange Gespräche verwickelt. Er tritt jede Verantwortung Züblins ab. Es wurde deutlich, auch dieser Konzern setzt auf die biologische Lösung. Man hofft, daß die wenigen Überlebenden in den nächsten Jahren wegsterben. Die Abfertigung der Delegation im Windfang des Gebäudes, die dürftigen Antworten, machten wieder einmal die schäbige Buchhaltermentalität des Weltkonzerns Züblin deutlich. Die Besuchergruppe erklärte, daß man den Konzern nicht aus der Verantwortung läßt.

Immer wieder ZAS

Zur Stadtverordnetenversammlung am 3.11. hatte die DKP/OL einen Resolutionsentwurf zur Müllentsorgung im Kreis Groß-Gerau eingebracht.

Mit einem Beschluß des Stadtparlaments sollte damit Einfluß auf die Beschlußfassung des Kreistags und der Verbandsversammlung der Riedwerke in dieser Frage genommen werden.

Leider sahen sich CDU und SPD nicht in der Lage, darüber abzustimmen, sodaß der Antrag zurückgestellt wurde.

DKP/OL-Fraktionsvorsitzender Gerd Schulmeyer forderte Magistrat und Vertreter in der Riedwerke-Verbandsversammlung auf, die vorliegenden Papiere (Antrag der DKP/OL und Änderungsantrag der Grünen) in die Aussprachen der entscheidenden Gremien einzubringen.

Inzwischen wurde bekannt, daß die Riedwerke von einem Beitritt zum ZAS (Zweckverband Abfallverwertung Südhessen) Abstand nehmen wollen, weil dafür zur Zeit keine Mehrheit in der Verbandsversammlung zu erwarten ist. Die Unruhe und Unzufriedenheit in den Städten und Gemeinden hat wohl doch etwas bewegt.

Was das für die Bürger bringt, wie sich eine Vertragslösung auf die Entwicklung der Kosten und Gebühren auswirkt, ist offen. Die Informationen aus dem Riedwerke-Vorstand und dem Landratsamt sind nach wie vor unzureichend, es gibt keine klaren, nachvollziehbaren Aussagen. Vor allem, was Alternativen angeht. Aber immerhin hat die lange zur Schau getragene Selbstsicherheit einiger Vertreter der ZAS-Lösung ein paar Kratzer gekriegt, weil offensichtlich die überzeugenden Argumente fehlten.

Und deshalb ist auch weiterhin Wachsamkeit angesagt bei allem, was jetzt in Sachen Müll entschieden wird.

Für unsere Stadt hat Kämmerer H.J. Vorndran zum 1.7.99 notwendige Gebührenerhöhungen im Abfallbereich angekündigt. Es wird zu diskutieren sein, inwieweit diese unvermeidbar sind.

Die Resolution der DKP/OL

Die Stadtverordnetenversammlung von Mörfelden-Walldorf sieht die Entwicklung der Kosten für die Müllentsorgung in unserem Kreis, wie sie die zukünftig vorgeschriebene Verbrennung und der geplante Beitritt zum ZAS mit sich bringt, mit großer Sorge.

Wir halten es für unververtretbar, die Bürgerinnen und Bürger, die mit hohem persönlichen und finanziellen Aufwand Abfälle trennen, für die geringere Restmüllmenge mit immer größeren Gebührenerhöhungen zu belasten.

Wir fordern den Kreistag auf, folgende Überlegungen bei der Entscheidung über einen Beitritt zum ZAS und der zukünftigen Gebührengestaltung zur Finanzierung der Müllentsorgung zu bedenken:

1. Grundsätzlich gilt, daß die Müllentsorgung eine öffentliche Aufgabe bleiben muß; demokratische Kontrolle muß gewährleistet sein.
2. Es müssen genaue und für die Bürgerinnen und Bürger nachvollziehbare Zahlen auf den Tisch, wie Einnahmen, Kosten und etwaige Gewinne im ZAS verteilt werden, bevor endgültig über einen Beitritt entschieden wird.
3. Mögliche Einsparungen, Verkaufserlöse und erzielte Gebührenüberschüsse sind unmittelbar an die Gebührenzahler, die Bürgerinnen und Bürger, weiterzugeben. Dazu gehört u.a. die Verlängerung des Abschreibungszeitraums für die Deponie Büttelborn.
4. Es muß schnellstens mit Land und Bund über einen "Lastenausgleich" für diejenigen Landkreise verhandelt werden, die für teures Geld moderne Anlagen gebaut haben und jetzt auf den Kosten sitzen, weil die Abfallpolitik der Regierung Kohl das so bestimmte. Hierzu sollten per Gesetz die privaten Entsorger herangezogen werden, die sich am Geschäft mit Abfällen goldene Nasen verdienen. Hierzu erwarten wir Initiativen und sichtbare Bemühungen des Kreistags und der Kreisverwaltung.
5. Wir erwarten, daß angesichts berechtigter Zweifel, ob der Weg und vor allem der bisher kalkulierte Preis für den Beitritt zum ZAS trägt, im Zuge weiterer Verhandlungen die

Gebühren deutlich nach unten korrigiert werden.

Gebührenerhöhungen von über 70% sind politisch nicht zu vermitteln und zudem ein völlig falsches Signal in einer Zeit, in der die Bürger von einer SPD/Grünen-Bundesregierung finanzielle Entlastungen erwarten.

Der „blickpunkt“ freut sich immer auf Leserbriefe

Sportlerwürdigung

Im Sport- und Kulturausschuß präsentierte sich die Riege der Einradfahrer. Von der Weltmeisterschaft kehrten die erfolgreichen Sportler mit mehreren Goldmedaillen und weiteren guten Platzierungen zurück. Es ist guter Brauch, daß die städt. Gremien den herausragenden Sportlern ihre Referenz erweisen. Ein Appell der Sportlerbetreuung: „Baut Hallen, baut Hallen, denn wir können nicht alle Kinder und Jugendlichen aufnehmen, die den Radsport betreiben wollen“. Und auf die Frage des Sportdezernenten, ob unsere Stadt nicht auch Ausrichter einer Weltmeisterschaft sein könne, die Antwort: Da fehlt eine Tartanbahn! R. D.

Neue Partnerschaft

Eine „hochkarätige“ Delegation war in Torre Pellice, der anvisierten norditalienischen Partnerstadt und kam positiv beeindruckt zurück. Fragen zu Größe, Wirtschaft, Tourismus, Schulen, kult. Einrichtungen, Vereinsstruktur etc. wurden gestellt und zufriedenstellend beantwortet. Die Verbundenheit durch die Waldenerbewegung begründet diese anvisierte Verschwisterung. Die 300-Jahr-Feierlichkeiten Walldorfs im Jahr 1999 geben das Tempo zur Jumelage vor. Schon im Dezember ist die Stadtverordnetenversammlung zum Votum aufgerufen. Die Ausschmückung des Verschwisterungsrahmens durch Kontakte auf politischer, und Vereinsebene, Kirchen und Privatpersonen bleibt der Zukunft überlassen. Unseren Segen sollen sie haben. R. Dötsch

Zur Gesundheitssituation von Kindern in den Lärmschneisen des Frankfurter Flughafens

Eine Untersuchung von Wissenschaftlern aus den USA, Schweden und dem Institut für Medizinische Psychologie der Universität München bei 217 Kindern, die in der Nähe des neuen Münchner Flughafens wohnen, ergab, daß diese auf den Fluglärm mit erhöhtem Blutdruck, Anstieg der Streßhormone und Konzentrationsstörungen reagierten. Auch anderthalb Jahre später war die lärmbelastete Kindergruppe im Vergleich mit einer unbelasteten signifikant durch den Lärmterror geschädigt.

Untersuchungen aus den USA bestätigen, daß auf massive Störungen der Nachtruhe, dem Erzeugen von permanentem Streß durch Störung des Tagesablaufs in Kindergärten und Schulen durch Fluglärm, die betroffenen Kinder vermehrt mit erhöhter Anfälligkeit für Infektionskrankheiten, Störungen des Magen-Darm-Traktes und chronischen Störungen des vegetativen Systems reagieren. Auch die schulischen Leistungen werden durch den Lärm beeinträchtigt.

Da nach wie vor keine gesicherten Daten über die Lärmbelastigung von Kindern und Jugendlichen durch den Fluglärm des Rhein-Main-Flughafens vorliegen, fordern die Bürgerinitiativen, daß eine vergleichende Studie zur Auswirkung des Fluglärms im Unterricht, der Freizeit und der Nachtruhe von Kindern in der Nähe des Rhein-Main-Flughafens mit Kindern aus einer Gemeinde, die keinem Fluglärm ausgesetzt ist, erstellt wird.



Aktion am 6. November auf dem Frankfurter Flughafen. Mit Trillerpfeifen folgten einem Touristen zehn „Schadstoffe“. An diesem Tag demonstrierten Umweltverbände und Bürgerinitiativen in 20 europäischen Ländern gegen die wachsende Klima- und Umweltgefährdung durch den Flugverkehr. Obwohl der Flugverkehr dreimal klimaschädlicher als der Individualverkehr ist, steht er beim Klimagipfel in Buenos Aires nicht auf der Tagesordnung. Die Bürgerinitiativen und Umweltverbände forderten von der neugewählten Bundesregierung Entscheidungen zur Reduktion der extrem schädlichen klimaschädlichen Flugverkehrsemissionen.

Flughafenausbau

Als „Wahlprüfstein“ sieht ein Leser den Flughafenaubau:

Die sich immer mehr zuspitzende Diskussion um die Zukunft des Rhein-Main-Flughafens, insbesondere den Bau einer „Nordbahn“ im Schwanheimer Wald, wird zum Wahlprüfstein für die bevorstehende Landtagswahl. Dafür werden die Bürgerinitiativen sorgen. Das kann kein Mediationsverfahren verhindern. Jeder Wähler der betroffenen Region hat einen Anspruch darauf, vor der Wahl zu erfahren, von welchen politischen Parteien bzw. Kandidaten seine Interessen am besten und zuverlässigsten vertreten werden.

Das gilt in besonderem Maße für diese „Jahrhundert-Entscheidung“ und die damit verbundenen Auswirkungen auf die betroffene Region und die konkrete Lebenssituation. Zum Beispiel: Wird es eine weitere Start- und Landebahn geben, und wo soll sie gebaut werden? Die Positionen der meisten politischen Parteien sind ja bekannt. Die CDU und die FDP befürworten den Bau einer weiteren Start- und Landebahn, und zwar auch „außerhalb des Zauns“. Die Grünen und die Frankfurter SPD haben sich mit großer Mehrheit gegen den Bau einer neuen Piste ausgesprochen. Mit schweren Vorwürfen und harter Kritik reagierten CDU und FDP auf das eindeutige demokratische Votum des SPD-Parteitag. Aber auch die SPD-Führung in der Landeshauptstadt Wiesbaden und in Frankfurt versucht, das Votum zu relativieren.

Mit Recht hat die *FR* in diesem Zusammenhang festgestellt, die „SPD wackelt beim Flughafen“. Da es aber auf die Entscheidung der SPD ankommt, muß sie möglichst bald zu dem äußerst umstrittenen Vorschlag des Baus einer „Nordbahn“ eindeutig Farbe bekennen. Tut sie dies nicht, dann liegt die Vermutung nahe, daß sie eine solche Möglichkeit auch nicht ausschließt. Eberhard Bacher, Frankfurt

Leserbrief aus Frankfurter Rundschau 3-11-98

Es wird schlimmer mit dem Fluglärm in unserer Stadt. Aktuelle Beispiele der Meßstelle am Schlichter: 24.10.98 / 12.48 Uhr / 88,9 dB(A), 2.11.98 / 12.48 Uhr / 90,0 dB (A), 3.11.98 / 12.10 Uhr / 93,0 dB. Und es gibt auch immer mehr Starts über de Startbahn West. 1996: 102.435, 1997: 107.829, 1. Halbjahr 1998: 54.557.

Die Beschwerden der Bürgerinnen und Bürger wachsen ebenfalls. Von 1997 bis heute gab es eine Zunahme von 400%. Wer die Pläne der Ausbaubetreiber kennt, weiß, sie lassen sich von Anrufen nicht allzusehr stören. Stören wird sie allenfalls ein Landtagswahlergebnis, das die Herrschaften entschieden abstrafft.

SPD-Grüne-Koalition braucht Druck von links

Ende 1998 wird sich das Haushaltsdefizit in Mörfelden-Walldorf auf etwa 6 Mill. vergrößern. Auch den Sozialdemokraten und ihren Kämmerern fällt dann meist nichts anderes ein, als das Wort „Gebührenerhöhung“. Besser wäre, jetzt den Druck auf die Verantwortungsträger in Bonn zu erhöhen.

Immerhin, die neue Mitte und ihr grüner Kuschelpartner haben auf 50 Seiten Deutschlands Weg ins 21. Jahrhundert beschrieben. Viele Worthülsen, viel Optimismus. Selbstredend hat die neue Regierung eine große Erblast übernommen. Wie jedoch 4,4 Millionen - offiziell registrierten - Arbeitslosen ihr Recht auf Selbstverwirklichung zurückgegeben werden soll, das ist aus den Absichtserklärungen, die in kleinen Kaminzimmerrunden ausgekugelt wurden, beim besten Willen nicht zu erkennen. Neue Steuern hie, ein bißchen Entlastung da. Der Wirrwarr wird größer. Sichtbar - selbst für Blinde - an der sogenannten Ökosteuer. Die Masse der Bevölkerung zahlt mehr für Sprit, Strom und Heizöl, als sie je zurückbekommt. Die großen Energiefresser werden verschont. Was hat das eigentlich noch mit Ökologie zu tun?

Außerdem: Bisher führte noch kein einziges Geschenk für die Wirtschaft erkennbar zu zusätzlichen Arbeitsplätzen. Prima, daß den Kindern der Zahnersatz wieder bezahlt werden soll. Anders war es eh ein sozial- und gesundheitspolitisches Verbrechen. Ein radikales Umschreiben der Steuergesetze, Regularien, die die Wirtschaft zwingen, das Grundgesetz zu erfüllen, also der Sozialpflichtigkeit des Eigentums nachzukommen, sind nicht in Sicht. Dazu müßte mindestens - und sehr schnell - mit der 35-Stunden-Woche, einer strikten Überstundenbegrenzung oder einer Pflichtabgabe für ausbildungsunwillige Betriebe ernstgemacht werden.

Also von dem im Wahlkampf versprochenen Aufbruch zu einer neuen Politik ist nicht allzuviel geblieben. Wenn auch manches anders werden soll. Zu den relativ positiv zu bewertenden Ergebnissen der Koalitionsvereinbarung zählen sicher diese Punkte:

- Das Sofortprogramm zur Schaffung von 100.000 Ausbildungsplätzen für junge Menschen.
- Die Veränderungen im Ausländerrecht mit der doppelten Staatsbürgerschaft.
- Die Absenkung des Rentenniveaus von 70 auf 64 Prozent durch die Kohlregierung wird aufgehoben.
- Das Kindergeld für die ersten beiden Kinder steigt ab 1999 auf 250, 2002 auf 260 Mark.
- Das per Gesetz beabsichtigte Verbot von Studiengebühren und die Anhebung der Freibeträge beim Bafög.
- Die „Absicht“, über 75 Steuerschlupflöcher für die Reichen und Superreichen zu stopfen.
- Die 620 Mark-Jobs sollen sozialversicherungspflichtig werden.

Neben diesen und anderen positiv zu bewertenden Positionen im Koalitionspapier gibt es aber sehr viel Problematisches. Zum Beispiel will man jetzt auf einmal doch nicht so an die Steuerschlupflöcher. Von ursprünglich

75 Punkte umfassenden Aufstellung mit Steuerschlupflöchern sind noch etwa 60 übrig geblieben.

Andere Punkte sind ebenso Problematisch:

- Die Absicht, den Ausstieg aus der Kernkraft-Industrie per Gesetz zu regeln, dabei Entsorgung und Sicherheitsüberprüfungen neu festzulegen, ist löblich. Fraglich sind die Fristen, in denen das geschehen soll. Bei der SPD spricht man von 20 bis 30 Jahren. Bei den Energiemonopolen spricht man von „Entschädigungen“ im Falle der Stilllegung von KKWs.
- Der Einstieg in die Ökosteuer ab 1. 1. 1999. Die Erhöhung der Mineralölsteuer um 6 Pfennig pro Liter beträgt mit der 16 prozentigen Mehrwertsteuer exakt 6,96 Pfennig, also sieben Pfennig pro Liter. Das gleiche trifft auf die Erhöhung des Heizölpreises zu, der mit Mehrwertsteuer um 4,64 Pfennig pro Liter steigen soll. Der Strompreis erhöht sich pro Kilowattstunde um 2,32 Pfennige.

Wer aber bezahlt diese Erhöhung? Die energieintensive Industrie, darunter die Chemiekonzerne, die Riesengewinne einstreichen-, die ohnehin bislang Mini-Energie-Preise bezahlt, bleibt ausgespart. Doch die kleinen und Mini-Einkommen, etwa die der Rentner, der Sozialhilfeempfänger, der Arbeitslosen trifft die Erhöhung voll. Auch das Argu-

ment, wonach damit die Lohnnebenkosten gesenkt würden, kann diese viele Millionen zählende Bevölkerungsschicht nicht befriedigen, wohl aber wiederum die Industrie, deren Anteil an den Lohnnebenkosten sinkt.

- Der Eiertanz um den Transrapid gehört ebenfalls zu den sehr problematischen Vereinbarungen. Der kommende Verkehrsminister Müntefering hat das Projekt über den grünen Klee gelobt und gleichzeitig ein Tempolimit auf den Autobahnen abgelehnt.
- Umweltminister Trittin speckt die Klima-Ziele ab, verspricht „ein hohes Maß an Kontinuität zur Vorgängerregierung“ und bleibt damit weit hinter den Erfordernissen seiner Partei und der Umweltverbände zurück.



Zu den negativsten Ergebnissen der zwischen SPD und den Bündnisgrünen vereinbarten Koalitionsabsichten gehören diese Positionen:

- Die deutsche Außenpolitik bleibt, so Joschka Fischer, der bisherigen Linie treu, sprich, die Weichen stehen auf Kontinuität. Das heißt im einzelnen unbedingte NATO-Treue; das bedeutet Auslands- und Kampfeinsätze der Bundeswehr, wie im alten Bundestag beschlossen; das heißt, so der kommende Verteidigungsminister Scharping, Ausbau und kein Abbau der Bundeswehr; das heißt Eurofighter; das heißt weitere Hoch- und Umrüstung, das bedeutet Beibehalten des deutschen Drohpotentials.
- Ebenfalls katastrophal sind die Vereinbarungen in Sachen innere Sicherheit. Die vom Scharfmacher Kanther durchgesetzten Polizeigesetze wie Lauschangriff, ziviler Einsatz des Bundesgrenzschutzes an Bahnhöfen und Flugplätzen, „Säuberung“ der Städte von Obdachlosen - das alles wurde nicht zurückgenommen, sondern bestätigt.

Was tun? Man muß aktiv bleiben, damit die Chancen, die dieses Wahlergebnis bietet, auch wirklich genutzt werden.

Manche, die am Wahlabend „unter der Decke schwebten“ kommen langsam herunter. Sie sollten erkennen: ihre Stimme haben sie am 27. September 1998 nicht abgegeben, sie müssen sie künftig erheben, um ihre Ziele durchzusetzen.

Notwendig ist jetzt: Konsequenter Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit. Energisches Eintreten für die Umverteilung von oben nach unten. Chancengleichheit für Frauen und Jugend. Erhalt der Umwelt und Natur. Entschlossener Kampf für Abrüstung und eine friedliche Zukunft des Landes. Widerstand gegen jegliche Form des Rassismus.

Das sind Wertvorstellungen in den Gewerkschaften, in der Ökologie- und Friedensbewegung.

Für sie einzustehen, das ist das eine, sie aber auch unter den Bedingungen der SPD-Grünen-Koalition durchzusetzen, das andere, das noch wichtiger.

hr

Betreuung in den Kitas soll schlechter werden

Bürgermeister will an Kindern sparen

Schweigende SPD-Mehrheit stimmt für Stellenabbau in den Kitas

Obwohl im Stadt-Kita-Beirat Elternvertreterinnen und -vertreter und Kita-Leiterinnen dem Bürgermeister deutlich signalisiert haben, daß sie im Interesse der Kinder die Kürzung der Ausfallzeiten ablehnen, hat Bürgermeister Brehl angekündigt, dies zum 1.11. zu verfügen. Im Sozialausschuß und bei der Stadtverordnetenversammlung machten Betroffene auf ihre Positionen und den einstimmigen Beschluß des Stadt-Kita-Beirates (untenstehend) aufmerksam. Dem Parlament lag ein Dringlichkeitsantrag der Grünen vor, nach dem der Bürgermeister aufgefordert werden sollte, die angekündigte Stellenkürzung zurückzunehmen. Dem schlossen sich DKP/OL und CDU an. Die SPD schwieg und lehnte ab. Gegen alle vorgebrachten Argumente beharrte Brehl auf seiner Haltung, bei den Kitas Einschnitte machen zu müssen und vertrat die Ansicht, daß dies ohne Qualitätsverlust möglich sei. Daß er dabei auf die konkrete

Frage des DKP/OL-Fraktionsvorsitzenden, ob und was er denn genau verfügt habe, nicht antwortete, unterstreicht die für ihn schon typische Mißachtung des Parlaments. Es weist aber auch darauf hin, daß es mit seiner Souveränität und Sachkompetenz nicht allzuweit her ist. Um so unerfreulicher ist es, daß die SPD-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung, die sehr gut weiß, daß es hier an die Standards der Betreuungseinrichtungen in unserer Stadt geht, ohne ein Wort zu Sache für den Bürgermeister die Hände hebt. Das macht die Gespräche, die SPD- und DKP/OL-Fraktion zum Nachtragshaushalt 1998 und Haushalt 1999 zu führen haben werden, nicht einfacher. Das letzte Wort in dieser Sache ist für uns noch lange nicht gesprochen - die berechtigten Forderungen der Eltern und Erzieherinnen bleiben auf der Tagesordnung. Im Parlament und außerparlamentarisch. GS

Beschluß des Stadtkindertagesstätten-Beirates Mörfelden-Walldorf

Die von Herrn Bürgermeister Bernhard Brehl mit Schreiben vom 15.9.98 angekündigte Veränderung des prozentualen Anteils der Personalausfallzeiten von 15% auf 5% lehnt der StadtKita-Beirat in seiner Sitzung am 21.10.1998 entschieden ab, aus den Elterninteressen entgegenstehenden Gründen.

Zur Zeit besteht schon eine ca. 20% hohe Personalausfallquote an den 10 Kindertagesstätten im Durchschnitt (durch Krankheiten, Urlaub, Fortbildung des Erziehungspersonals).

Eine Verringerung der Ausfallzeitenquote auf 5% hätte auch eine massive Einschränkung der bisherigen Verfügungszeit des Fachpersonals für die Elternarbeit in Form von Elternabenden, Einzelelterngesprächen und Elterninformationsarbeit zur Folge. Ebenso müßte die Zusammenarbeit der Kitas mit Schulen, Beratungsstellen und anderen Institutionen der Kindererziehung und -förderung erheblich verrin-

gert werden. Der gesetzliche Betreuungs-, Bildungs- und Erziehungsauftrag, orientiert an den Bedürfnissen der Kinder und ihrer Eltern und Familien nach § 22, Absätze 2 und 3, Kinder- und Jugendhilfegesetz, könnte durch eine solche Einsparungsmaßnahme nicht mehr gewährleistet werden.

Auch das Landesjugendamt Hessen als oberste Fachaufsichtsbehörde nennt in seinem Berechnungs- und Empfehlungsschreiben vom 29. August 1995 eine Mindestvorgabe von 15% Personalausfallszeiten in Kindertagesstätten.

Der Stadt-KiTa-Beirat fordert den Magistrat auf, vielmehr Einsparmöglichkeiten bei Sachmitteln und im Verwaltungsbereich der Stadt Mörfelden-Walldorf konsequent zu erforschen und damit den Sparauflagen der Kommunalaufsicht nachzukommen. Die Verantwortung und Befugnis, wo und wie gespart wird, liegt immer noch beim Magistrat, bei der Verwaltung und beim Stadtparlament und nicht beim Landrat des Kreises Groß-Gerau.

„Rote Riesen“

Soll einer sagen, daß sich bei der Bahn nichts tut! Seit ein paar Wochen werden auf der Riedbahnstrecke „Rote Riesen“ eingesetzt. Gemeint sind damit die Doppelstockwaggon, die wegen ihrer Farbe eben „Rote Riesen“ genannt werden. Die Wagen haben natürlich eine komfortable Laufruhe, doch glücklich kann der Fahrgast dennoch nicht sein. Die Kopfhöhe ist geringer und die Sitzreihen sind sehr eng angeordnet. Die Sicherheit (besonders in den Abendstunden) dürfte Besorgnis hervorrufen - die Überschaubarkeit durch das Zugbegleitpersonal ist reduziert. Der Steuerwagen des Zuges kann nicht betreten werden; man munkelt, wegen Konstruktionsmängel sei keine Zuladung zulässig. Obwohl die Eingangstüren breiter sind und mit Kinderwagen und Fahrrädern besser passiert werden können, wird diese Verbesserung durch die Treppenauf- bzw. -abgänge wieder schlechter. Was sich auch nicht verbesserte ist die Pünktlichkeit. Immer noch hat jeder zweite Zug Verspätung, manchmal sogar erheblich.

R. D.

Eltern erfahren wir, daß die Kinder zu Hause mit ihren schulischen Problemen häufig auf sich allein gestellt seien. Bei ausländischen Familien werden meist mangelnde Deutschkenntnisse der Eltern angegeben, besonders dann, wenn die Mutter, die bei Berufstätigkeit ihres Ehemannes die Hauptlast der nachmittäglichen Kinderbetreuung trägt, erst nach der Heirat nach Deutschland eingereist ist. Bei mehreren Kindern ist nach Angabe der Eltern die Versetzung in das nächste Schuljahr gefährdet, oder es stehe sogar eine Sonderschulüberprüfung an.

Das Wissen um diese für die Familien äußerst schwierigen Situationen macht uns betroffen und gleichzeitig hilflos, da wir nur in den allerseltensten Fällen eines dieser Kinder sofort aufnehmen können, da wir, wie bereits beschrieben, ständig überbelegt sind und permanent unter einem BetreuerInnenmangel leiden“. Ist das nicht ein Armutszeugnis, daß Kinder lernen wollen und nicht können, weil die finanziellen Voraussetzungen für Betreuungspersonal und Räumlichkeiten fehlen? Und das in einem der reichsten Länder der Welt!

R. D.



**Liebe Leserinnen, liebe Leser, wenn Sie mit nebenstehenden Forderungen einverstanden sind, unterschreiben Sie bitte diesen Aufruf und senden den Abschnitt an:
Heinz Hechler, van Dyck-Str. 48.
Die Unterschriftenlisten werden von der DKP/OL-Fraktion dem Magistrat der Stadt Mörfelden-Walldorf übergeben.**

Wir fordern:

- Beginn der Umsetzung des bereits 1996 diskutierten Radwegekonzeptes.
- Beschilderung der überörtlichen Radwege.
- Aufstellen von neuzeitlichen Fahrradständern an Rathäusern, Bahnhöfen, Bürgerhaus u.s.w.
- Randsteinabsenkungen an von Radfahrern benutzten Wegen, Straßen und Übergängen.



Hausaufgabenhilfe

In einem jährlichen Bericht wird die Arbeit der Hausaufgabenhilfe dargestellt. Die Situation an den Schulen ist durch Lehrermangel, Stundenausfall, hohen Ausländeranteil und mangelnde sächliche Voraussetzungen nicht gerade rosig. Immer mehr Schüler haben Schwierigkeiten, den Lehrstoff zu verarbeiten. Dies führte zur Gründung der Hausaufgabenhilfe vor 23 Jahren. Ev. und kath. Kirchen und VHS (in Walldorf) sind die Träger. Die angespannte finanzielle Lage wurde durch die Bildung eines Fördervereins gemildert. Städt. Zuschüsse flossen 1997 in Höhe von gut 66 000 Mark. Die Einrichtung leistet nebenbei auch einen wichtigen Beitrag zur sinnvollen Freizeitgestaltung der Jugendlichen. In besagtem Bericht der Hinweis, daß ca. 100 Kinder auf der Warteliste stehen. Wir zitieren aus dem Bericht: „Die Nachfrage nach außerschulischer Hilfe wächst unserer Ansicht nach zusehends. In Gesprächen mit den vorsprechenden

Name, Vorname	Adresse	Organisation
_____	_____	_____
_____	_____	_____
_____	_____	_____



Flüglärm-Beschwerde-Nr: (069) 690-22001



Gedanken nach der Kerb

Ja, das war schon was mit der „Merfelder Kerb uff em Dalles“ und der alten Reitschul im Hof des „Goldenen Apfels“. Selten gab es so viel Einmütigkeit, Alt und Jung freute sich über die zurückgekommene Kerb. „So soll es bleiben“, immer wieder wurde man so angesprochen. Und erst das alte Schneider-Karussell - Omas und Opas fuhren mit den Enkeln. Viele ältere waren gerührt und erzählten von ihrer Kindheit. Die Stadtmitte war erfüllt von Leben. Für unserer Leserinnen und Leser drucken wir, gekürzt, die Geschichte der „Reitschul“, die sich früher in jedem Jahr auf dem Dalles drehte.

Zeittafel

- 1898 Heinrich Schneider wird geboren
- 1930 Heinrich Schneider übernimmt das Karussell von seiner Mutter
- 1939-1946
Der Fahrbetrieb kommt fast ganz um Erliegen
- 1941 Zerstörung der Halle hinter dem Haus in Bischofsheim, das Karussell bleibt unbeschädigt
- 1941-1943
Das Karussell wird nach Nieder-Ramstadt ausgelagert
- 1943-1945
Auslagerung des Karussells nach Mörfelden
Beschädigung des Wohnwagens durch eine Brandbombe

1945 Amerikaner entdecken das Karussell im Wald, sehen aber von einer Beschlagnahme ab

1946-1948
Fahrbetrieb in der näheren Umgebung von Bischofsheim

1948-1950
Einbau des schmiedeeisernen Geländers und des Engelskranzes, die von einem anderen Karussell stammen
Neubemalung des Mast-Rondells

1960 Der Blechkranz am Dach erhält neue Motive

1968 Heinrich Schneider und sein Sohn Karl-Heinz erwägen den Verkauf des Karussells

1971 Herr Rosenberg aus Hoengen erwirbt das Karussell für einen Safari-park bei Selfkant-Tüddern

1971 Verkauf des Karussells in die USA über eine Schweizer Maklerfirma

im Herbst 1973
Eröffnung des Vergnügungsparks Carowinds bei Charlotte in North Carolina, nach knapp zweijähriger Pause

dreht sich das Karussell dort wieder. Über eine Million Menschen besuchen den Vergnügungspark in Carowinds

Das Gelände wird von einer Rundfunkgesellschaft aufgekauft
Heinrich Schneider stirbt

1975 Das Karussell wird stillgelegt und eingelagert

1977-1979
Die Dreieichenhainer Siegfried Reuner und Georg Grönke korrespondieren mit amerikanischen Behörden in North Carolina, South Carolina und West Virginia.
Die Nachforschungen sind erfolgreich.

1979 Die Interessengemeinschaft "Altes Hayner Karussell" bildet sich. Siegfried Reuner fliegt in die USA und besichtigt das heruntergekommene, aber noch brauchbare Karussell.

Am 5. September bietet T. Lewis Hooper, Vizepräsident von Carowinds, den Karussellfreunden die Reitschul' kostenlos an.

Am 16. und 27. Sept. Transport des Karussells durch die US Air Force zum Frankfurter Militärflughafen

1979/80
Renovierung des Karussells in Dreieichenhain

1980 Im Februar Gründung des Vereins "Hayner Reitschul"-Interessengemeinschaft des alten Hayner Karussells
Wiedereröffnung der Hayner Reitschul' zur Dreieichenhainer Kerb

1998 Erstmals ist das alte Karussell wieder in Mörfelden.

**Jede Mark hilft dem
»blickpunkt«!**

Unser Konto:
Kreissparkasse Groß-Gerau
Konto-Nr. 9003419,
BLZ 50852553

Stadtgeschichten

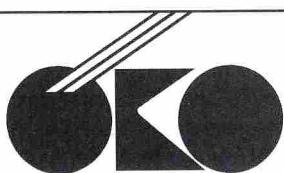


Anlaß zur Aufnahme dieses Bildes im Jahre 1920 war die Geburt von Zwillingen. Nicht die Ehefrau Auguste des Nebenerwerbslandwirtes Wilhelm Jourdan war die glückliche Mutter, sondern seine Kuh (Bildmitte) gebar erstmals zwei Kälbchen. Irgendwer hatte einen Foto zur Hand - eine Seltenheit in der damaligen Zeit - und wer gerade zugegen war, stellte sich vor dem Scheunentor der Hofreite in Walldorf, Mörfelder Straße 1, in Positur. Die Anwesenheit des Metzgers (2. Von rechts) läßt Schlimmes erahnen. Zarte Kalbsschnitzel sollen auch damals schon begehrt gewesen sein.



Auf unserem Foto sehen wir von links : Wilhelm Jourdan (Mine-Wilhelm), Katharine Jourdan geb. Reviol (Schakke - Kätche), Johanna Becker geb. Wohlfahrt (Ehefrau von Metzger-Hannes), Magdalene Leis geb. Tron (Lene-Gret) mit dem Melkeimer, Wilhelm Jourdan (Schakke Wilhelm), Fritz Winson (Metzger-Fritz), Heinrich Jourdan (Kassenrechner-Heinrich) so genannt nach seinem Vater, der bei der Gemeinde die Kasse führte.

Für Nichtwalldorfer sei der Beiname „Schakke“ erklärt. Da die Waldenser noch viele Jahre nach ihrer Einwanderung französisch sprachen, ist auch der männliche Vorname Jacques (für Jakob) gebräuchlich gewesen. In Abwandlung entstand dann in Deutsch der Name „Schak“ oder „die Schakke“.



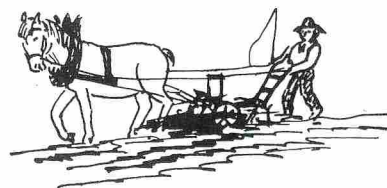
BAUMARKT

Mörfelden · Zwerggasse 3 · Telefon 06105/21081

Ist Ihnen Ihre Gesundheit wichtig?

Dann informieren Sie sich bei uns über umwelt- und menschenverträgliche Baustoffe, Farben und Bodenbeläge.
Wein aus ökologischem Anbau.

Unser Lexikon



zackern
pflügen

Zackerpluck
Pflug